



EUROPABRIEF

Dr. Peter Jahr Hermann Winkler
Mitglieder des Europäischen Parlaments



Europabüros • Leipzig • Burgstädt • Bautzen • Chemnitz • Döbeln • Dresden • Plauen • Pirna • Zittau

Nr. 7 - Oktober 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

selbstverständlich gibt es in jeder Plenarwoche spannende Berichte, die im Plenum zur Abstimmung gestellt werden. So auch während der letzten beiden Straßburgwochen: Wir haben uns mit der Tabak- sowie der Berufsanerkennungsrichtlinie beschäftigt (lesen Sie dazu mehr auf Seite 2). Auch die Zurverfügungstellung von Bankdaten an die USA, geregelt im sogenannten SWIFT-Abkommen, sollte nach dem Willen einer Mehrheit im Europäischen Parlament ausgesetzt werden.

Doch diese Woche gab es einen dieser Augenblicke, in denen die Tagespolitik in den Hintergrund rückt und der viel beschworene „Atem der Geschichte“ spürbar wird: Am 22. Oktober 2013 nahm die birmanische Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi vor dem Plenum den Sacharow-Preis, den Preis der EU für die Verteidigung der Menschenrechte, entgegen. Damit schloss sich ein weiterer Bogen, der fast ein Vierteljahrhundert umspannt.

Zuerkannt wurde Aung San Suu Kyi die Auszeichnung bereits im Herbst 1990. Aber erst 23 Jahre später durfte die mutige Frau den Preis entgegennehmen, da sie von 1989 bis 2010 von der Militärjunta ihres Heimatlandes unter Hausarrest gestellt wurde – auch den Friedensnobelpreis 1991 konnte sie darum nicht entgegen nehmen.

23 Jahre – das ist eine Zeitspanne, in der sich an der Schwelle vom 20. zum 21. Jahrhundert äußerst viel verändert hat, sowohl global als auch in unserem Land: Im Herbst 1990, unmittelbar nach der Wiedervereinigung, waren gerade die ersten ostdeutschen Europaabgeordneten (noch mit dem Status als „Beobachter“) nach Straßburg entsandt worden. Unzählige Hoffnungen verbanden damals die Menschen zwischen Kap Arkona und Fichtelberg mit der für sie neuen Europäischen Union.

Mag die Realität auch nicht alle Hoffnungen erfüllt haben: Es ist gut, dass das Europäische Parlament mit der nachträglichen Preisverleihung 23 Jahre später ein deutliches Zeichen setzt. Ein Zeichen, das inmitten der Debatten um Euro und Gestaltung der EU an einen Grundwert Europas erinnert: Die Unterstützung von Menschen, die sich weltweit mutig für Demokratie und Freiheit einsetzen, ist eines der vornehmsten Anliegen europäischer Politik – sowohl im Jahr 1990 als auch heute.

Es grüßen Sie herzlich aus Brüssel



SCHLAGLICHTER

1 Europa aktuell

Europäisches Parlament
stimmt für
Verschärfungen bei
Tabakprodukten

Keine Abiturlpflicht für
Krankenschwestern

Überprüfung von
Umweltauswirkungen
wird vereinheitlicht

2 Standpunkt

Na endlich EU-
Kommission! -
Was Europa für den
Bürokratieabbau tun
kann

3 Sachsen & Europa

Sächsische Termin-
vorschau

Impressum

Dr. Peter Jahr MdEP und Hermann Winkler MdEP
Europäisches Parlament, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel
Telefon: +32 228 47195 und +32 228 37306
www.peter-jahr.de und www.hermann-winkler.eu

E-Mail: peter.jahr@europarl.europa.eu und hermann.winkler@europarl.europa.eu

Bildnachweis: PHOTO © European Union

Europa aktuell

Europäisches Parlament stimmt für Verschärfungen bei Tabakprodukten

700.000 Menschen sterben jedes Jahr an den Folgen des Tabakkonsums in Europa. Mit strengeren Regeln für die Aufmachung und Inhaltsstoffe für Zigaretten sollen nach dem Willen der EU-Kommission vor allem Jugendliche vom Rauchen abgehalten werden. Nach dem Votum des Europaparlaments sollen nun 65 Prozent der Zigarettschachteln mit Schockbildern und Warnhinweisen bedruckt werden. Die Kommission hatte in ihrem ursprünglichen Vorschlag 75 Prozent veranschlagt. Außerdem sollen geschmacksverbessernde Aromen wie Menthol sowie kleine Zigarettenpäckchen verboten werden. „Angesichts der gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Schäden durch den Tabakkonsum ist eine Regulierung grundsätzlich sinnvoll. Gerade Jugendlichen darf der Einstieg ins Rauchen nicht durch schicke Verpackungen und milde Aromastoffe schmackhaft gemacht werden. Ich wehre mich aber dagegen, dass unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes massiv in den Markt eingegriffen wird. Die Regelungswut der EU darf nicht in einer Bevormundung der Menschen und der Wirtschaft enden.“, kritisierte Hermann Winkler die Abstimmung im Parlament.



© Europäische Kommission

Keine Abiturpflicht für Krankenschwestern

Das Europäische Parlament hat den Plänen der EU-Kommission mit großer Mehrheit eine Absage erteilt, die Anzahl der nötigen Schuljahre für künftige Krankenpflegekräfte als Voraussetzung für die Anerkennung der Ausbildung von mindestens 10 auf 12 Jahre zu erhöhen. Das ist ein Erfolg für das deutsche duale Modell, für das sich die Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament stark gemacht hatten. Der Kommissionsvorschlag sah vor, das Abitur oder vergleichbare Abschlüsse zur Voraussetzung für die Ausbildung in einem Pflegeberuf zu machen, um den ständig wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Dieser Vorschlag hätte den schon heute in Deutschland spürbaren Fachkräftemangel im Pflegebereich noch verschärft, da nur jeder zweite Schulabgänger diese Ausbildung hätte beginnen können. Die Vergleichbarkeit von Abschlüssen wird europäisch geregelt, um die Mobilität von Fachkräften im europäischen Binnenmarkt zu erhöhen.

Überprüfung von Umweltauswirkungen wird vereinheitlicht

Das Europäische Parlament stimmte Anfang Oktober über die überarbeitete und angepasste Richtlinie für die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ab, um bestehende Unterschiede zu harmonisieren und zu vereinfachen. Die UVP stellt fest, wie sich ein Projekt auf die gesamte Umwelt auswirken kann. Die Behörde, die für die Zulassung eines Projektes zuständig ist, bewertet die gesammelten Informationen und Stellungnahmen, um die Ergebnisse bei ihrer Entscheidung über die Zulassung eines Projektes zu berücksichtigen. Beteiligte und Betroffene sollen künftig umfassender über den Ablauf und Stand der Projekte auf dem Laufenden gehalten werden. Auch die bisher zum Teil lückenhafte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten soll durch einen erfolgreich eingebrachten Änderungsantrag von Dr. Peter Jahr nachhaltig verbessert werden. Projekte zum umstrittenen Fracking-Verfahren, also der Gewinnung von Schiefergas, sollen nun ebenso einer UVP unterzogen werden. Schiefergas gilt als Alternative zu Kernenergie und Öl. Allerdings bestehen besonders in Europa starke Bedenken über die schädlichen Auswirkungen, die die Förderung des Gases mit sich bringt.

EUROPAWAHL 2014 - Handeln, Mitmachen, Bewegen

Nach einer 5-jährigen Legislaturperiode werden Sie im Mai 2014 Ihren Vertreter für das Europäische Parlament wählen. Um Sie mit den Wahlen, der Europäischen Union sowie dem Europäischen Parlament vertrauter zu machen, werden wir Sie von nun an bis zur Wahl im Frühjahr nächsten Jahres regelmäßig über interessante Neuigkeiten und Wissenswertes informieren.

Wussten Sie zum Beispiel, dass die Europawahlen 4 Tage lang stattfinden? Im Jahr 2014 wird die Wahl vom 22. bis zum 25. Mai andauern. Die Zeitspanne kommt zustande, da die einzelnen Mitgliedstaaten traditionell an unterschiedlichen Wochentagen wählen. In unserem Nachbarstaat der Tschechischen Republik beispielsweise werden die Wähler am Freitag und Samstag an die Urnen gebeten. In Italien hingegen wählt man am Sonntag und Montag. In Sachsen fällt die Europa- gemeinsam mit der Kommunalwahl auf Sonntag, den 25. Mai 2014.



Na endlich EU-Kommission! - Was Europa für den Bürokratieabbau tun kann

Die Europäische Union ist ein bürokratisches Ungeheuer: 74 Prozent der Europäer sind der Ansicht, dass die EU zu viel Bürokratie schafft. Die europäischen Vorschriften ersticken Unternehmen, die EU mischt sich in den Alltag der Bürger ein und gängelt sie mit Olivenölkännchen- und Glühlampenverbot - diese Vorwürfe sind mir bestens bekannt. Bei meiner Arbeit in Brüssel steht der Kampf gegen die europäische Regulierungswut ständig auf der Tagesordnung - doch war es bisher ein Kampf gegen Windmühlen.

Nun scheint Besserung in Sicht. Kommissionspräsident Barroso schien in seiner letzten Rede zur Lage der Union zur Einsicht gekommen zu sein, indem er erklärte, die Union solle groß im Großen und klein im Kleinen sein - sprich sich in großen Fragen stark engagieren und in kleineren Fragen zurück halten. Jetzt lässt er endlich erste konkrete Taten folgen. Die Kommission hat ein Programm zum Bürokratieabbau vorgelegt, mit dem die EU-Gesetzgebung schlanker gemacht werden soll. "Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung" (REFIT) heißt das gute Stück, mit dem im Rahmen eines sogenannten Fitness-Checks alle Politikbereiche auf Sinnhaftigkeit überprüft werden sollen.

Darin gibt die Kommission einen Überblick über Reformen, wie beispielsweise die Pläne zur Breitbandeinführung oder die Verordnung über Europäische Patente, welche Vorschriften vereinfacht und Kosten gesenkt haben. Mit bis zu 5 Mrd. Euro Einsparungen rechnen die Eurokraten durch das neue Programm. Auch die Art und Weise wie die Kommission Rechtsakte vorbereitet, soll sich erheblich ändern. Konsultationen von Interessengruppen, Evaluierungen und Folgenabschätzungen werden in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Erfreulichster Punkt ist aber, dass die Kommission bestimmte bestehende EU-Rechtsakte aufheben und auf einige Legislativmaßnahmen verzichten möchte. Bestes Beispiel ist die umstrittene Bodenschutz-Rahmenrichtlinie, die in Europa eine komplizierte Kartierung und Erfassung von Agrarflächen vorschreibt und die Bewirtschaftung der Böden einschränken würde. Seit 2006 liegt der Vorschlag auf Eis, da viele Mitgliedstaaten - unter anderem Deutschland - das Gesetzesvorhaben zu Recht blockieren. Präsident Barroso erwägt nun, diese Bodenschutzrichtlinie ganz zurückzuziehen. Richtig so! Hier zeigt sich, dass das jahrelange Bohren dicker Bretter auch einmal zum Erfolg führen kann. Sächsischer Boden wandert nicht nach Tschechien oder Brüssel und muss - ganz nach dem Prinzip der Subsidiarität - nationale Aufgabe bleiben. Nicht alles muss auf europäischer Ebene gelöst werden. Europa muss sich auf die richtigen Prioritäten konzentrieren, die einen europäischen Mehrwert haben und einen Zusatznutzen bewirken. Wir brauchen ein besonderes Augenmerk auf den Umfang und die Qualität europäischer Rechtsvorschriften.

Dennoch sollten wir uns auch an die eigene Nase fassen. Die "Stoiber-Gruppe", welche seit 2007 Vorschläge zur Verringerung der Bürokratie veröffentlicht, stellte fest, dass fast ein Drittel der Verwaltungslasten durch eine ineffiziente nationale Umsetzung verursacht werden. In anderen Worten: Wenn die Mitgliedstaaten die EU-Vorgaben so in nationales Recht umsetzen würden wie der effizienteste Staat es tut, könnten die Verwaltungslasten um 32 Prozent verringert werden. Deutschland und auch die sächsische Regierung dürfen bei der Umsetzung nicht überziehen. Ein Draufsatteln und dann die Schuld dem Bürokratiemonster EU in die Schuhe schieben kann nicht die Lösung sein! Mir macht der Vorstoß der Kommission Mut: zeigt er doch, dass wir Europa gemeinsam - wenn es auch langwierig und umständlich ist - gestalten können. Dafür setze ich mich auch weiterhin ein!



"Wenn die Mitgliedstaaten die EU-Vorgaben so in nationales Recht umsetzen würden wie der effizienteste Staat es tut, könnten die Verwaltungslasten um 32 Prozent verringert werden."

Hermann Winkler

Sachsen & Europa

Europaforum im Schloss Machern

Das Europaforum der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages am 27. September 2013 im Schloss Machern bot Gelegenheit, "Die Rolle des Freistaates Sachsen in Europa - Erfolge und Herausforderungen" sowie Fragen zur Sicherung



Podiumsdiskussion beim Europaforum mit den Referenten Dr. Peter Jahr MdEP und Hermann Winkler MdEP.

sächsischer Interessen in einem Europa der 28 Mitgliedstaaten zu diskutieren. Sowohl Hermann Winkler als auch Dr. Peter Jahr berichteten über die für Sachsen positiven Fortschritte in der Regional- und Agrarpolitik. Beide Europaabgeordneten stimmten außerdem darüber überein, dass sich Europa in Zukunft auf die für die EU wesentlichen Dinge beschränken sollte, um so unter anderem für den notwendigen Bürokratieabbau Sorge zu tragen. Weiterhin betonten beide die wesentliche Errungenschaft der Europäischen Union, seit mehr als 60 Jahren Frieden und Wohlstand, zu sichern. Auch Marko Schiemann, MdL und Wolfgang Vogel, Präsident des Sächsischen Landesbauernverbandes, unterstrichen die Bedeutung Europas für den Freistaat Sachsen.

Geeintes Deutschland in Europa - Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit

Beim traditionellen Bürgerfest am Goldenen Reiter in Dresden anlässlich des Tages der Deutschen Einheit war Hermann Winkler am 3. Oktober auch in diesem Jahr mit seinem Europastand im Rahmen des Auftrittes der CDU Dresden präsent und suchte das Gespräch mit den Menschen. Neben nachdenklichen und kritischen Tönen wurde dabei immer wieder auch die Freude darüber zum Ausdruck gebracht, frei und friedlich in einem geeinten Europa leben zu können. Trotz aller berechtigten Kritik an der EU in ihrer heutigen Verfassung ist der europäische Gedanke in Sachsen offenkundig noch erfreulich lebendig.



Gute Stimmung am Europastand mit Hermann Winkler MdEP (Mitte).

Mach mit! European Youth Event 2014 (EYE)

Für junge, politisch interessierte Menschen wie beispielsweise Schüler und Studenten veranstaltet das Europäische Parlament im Mai 2014 ein dreitägiges Europäisches Jugendevent in Straßburg. Interessierte im Alter von 16 bis 30 Jahren werden an politischen Debatten zur Zukunft Europas und anderen relevanten Themen teilnehmen. Von Freitagmorgen bis Sonntagnachmittag wird den Teilnehmern ein umfangreiches Programm mit Workshops, Fallstudien und Festivals geboten. Informationen zum Event und zur Anmeldung finden Sie unter www.eyeye2014.eu.



SÄCHSISCHE TERMINVORSCHAU

Hier finden Sie eine Auswahl von Terminen, bei denen Sie uns antreffen können. Weitere Informationen erhalten Sie auf der Website oder auf Anfrage.

26.10.2013 Grußwort von Hermann Winkler beim Kreisparteitag der CDU Erzgebirge, Geyer

28.10.2013 Vorlesung von Hermann Winkler an der Universität Leipzig zum Thema "Parlamentarismus in der EU – Zwischen Theorie und Praxis", Leipzig

04.11.2013 Vortrag von Hermann Winkler beim Kreissenorenrat in Görlitz

09.11.2013 28. Landesparteitag der Sächsischen Union mit Hermann Winkler und Dr. Peter Jahr in Chemnitz

14.11.2013 Kreisparteitag Leipziger Land mit Dr. Peter Jahr, Bad Lausick

15.11.2013 Vortrag von Dr. Peter Jahr über "Aktuelles zur EU Agrarpolitik und zum EU Saatgutrecht" bei der Saatbaukonferenz in Klipphausen, OT Groitzsch

16.11.2013 Grußwort von Hermann Winkler beim Kreisparteitag der CDU Bautzen, Bischofswerda

16.11.2013 Besuch Dr. Peter Jahrs bei der Ausbildungsmesse Erzgebirge in Marienberg

17.11.2013 Jubiläumskonzert - 5 Jahre Landesjugendchor Sachsen unter der Schirmherrschaft Hermann Winklers, Dresden

22.11.2013 "Europa zum Anfassen" und "Die Entwicklung des Ländlichen Raumes" - Vorträge von Dr. Peter Jahr in Lichtenstein

Sie möchten den Europabrief regelmäßig per E-Mail bekommen? Melden Sie sich an unter:

<http://www.hermann-winkler.de/de/buergerbrief/anmelde-formular>